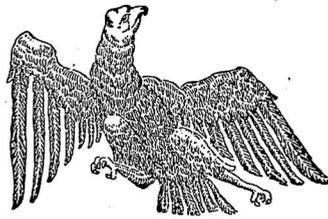


Abonnements

werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen.
 Bezugspreis monatlich 1,60 Reichsmark zuzügl. Postgeb.
 Das Cottower Kreisblatt erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen.
 Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Köhnenstraße 87.



Anzeigen

werden im Verlage: Berlin W 35, Köhnenstraße 87, von unseren Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen.
 Die 6 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum kostet 14 Pfennig, die 3 gespaltene Kleinzeile im Reklameteil und an der Spitze des Blattes 1,25 Reichsmark.
 Abonnenten erhalten auf Familienangehörige 25 Prozent Rabatt.
 Kl. Anzeigen: Das Wort 10 Pf., fettere Wörter 20 Pf.

Cottower Kreisblatt

Fernsprech-Anschluss:
 Sammel-Nr. B 2 Bülow 671.

Täglich erscheinende Zeitung.

Postsekretariat:
 Berlin 1519 51.

Nr. 24.

Berlin, Sonnabend, den 28. Januar 1933.

78. Jahrg.

Ämtliches.

Weitere amtliche Bekanntmachungen sind im Inseratenteil dieser Nummer veröffentlicht.

- A. II. 31. Lehrkräfte für Obstbaumpflege.
 Die Obstbaulehrergänge finden in diesem Jahre außer in Zossen auch in Königswusterhausen — Neue Mühle — und Zeltow statt, und zwar:
1. In Zossen am Dienstag, den 7., und Freitag, den 10. Februar, im Kreisvergnügungsgarten bzw. in den Räumen der Obstverwertung am ehemaligen Willstätterhof — Gartenstraße.
 2. In Zeltow am Dienstag, den 14., und Mittwoch, den 15. Februar, im Golfhof zum Schwan, Ruhlsdorfer Platz.
 3. In Königswusterhausen — Neue Mühle — am Freitag, den 24., und Sonnabend, den 25. Februar, im Golfhof Waldschlößchen. (Wesker & Toupp), Tiergartenstraße.
- Beginn jeweils pünktlich um 9.30, Dauer bis 14.30 Uhr.
 In die Vorträge schließt sich nachmittags Praxis im Schnitt, im Pfropfen und in allgemeiner Baumpflege in bestimmten Gärten an.
 Die Teilnahme ist für Kreisbewohner kostenlos. Anmeldungen sind bis zum 5. Februar 1933 an den Kreisobstbaubauinspektor, Obstbaupinspektor Weuß in Zossen, zu richten.
 Berlin, den 27. Januar 1933.
 Der Kreisamtschef des Kreises Zeltow, von Nathusius.

Neues in Kürze

Der Ministerrat des Reichstages hat beschlossen, die Benennung mit der Tagesordnung „Entgegennahme einer Regierungserklärung“ auf den 31. Januar einzubringen.

Im Rahmen der Durchführungsbefugnisse für die Arbeitsbeschaffung wurde eine Verordnung über die Vorschläge der einzelnen Länder bei der Aufnahme von Darlehen veröffentlicht.

Auf einer Kundgebung des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks sprach Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold, der auch die Griffe der Regierung überbrachte.

Konferenz der Flugfunkfachverständigen.

Die europäische Konferenz der Flugfunkfachverständigen in Berlin wurde in Vertretung des erkrankten Reichsverkehrsministers durch den Staatssekretär des Reichsverkehrsministeriums, Koenigs, begrüßt. Er begrüßte die Anregung, im Anschluß an die 34. Internationale Luftfahrerkonferenz eine europäische Flugfunkkonferenz abzuhalten. Zum Vorkommen von etwa 20 Staaten beschloß die Versammlung wurde auf Vorschlag von deutscher Seite der Chef des englischen Flugfunkdienstes, Warrington Morris, gewählt.

de Valeras Sieg.

Die Ergebnisse der irischen Wahlen liegen zwar noch nicht vollständig vor, lassen aber schon jetzt einen starken Erfolg de Valeras erkennen. Nach den letzten Mitteilungen erhielt er 63 Mandate, Cosgrave 40, die Unabhängigen 8, die Farmer 8 und die Arbeiterpartei 6, die Unabhängigen Arbeiterpartei 1. Sämtliche Mitglieder des Kabinetts sind wiedergewählt worden.

Wiens Innenstadt blockiert

Eine ernste Demonstration gegen die Benzinfsteuer.

Wien, 28. Januar.

Auf dem Stephansplatz im Innern der Stadt und in den anliegenden Zufahrtsstraßen veranstalteten sämtliche Taxichauffeure mit ihren Wagen eine Demonstration gegen die Benzinfsteuer. Durch die Tausende von Autos, die auch Privatautos und Autobusse eingerechnet waren, ist das ganze Viertel blockiert. Der Zubehörsverkehr in diesen Straßen stockt völlig. Die Polizei ist wiederholt mit dem Gummiknüppel ein. Die innere Stadt wurde abgeriegelt, und in die öffentlichen Gebäude wurde Militär gelegt. Erst am späten Abend war die Ruhe wiederhergestellt.

Ein Blatt berichtet, daß Bundeskanzler Dr. Dollfuß mit seiner Familie mit seinem Auto in die Zufahrt der Autotaxis geraten sein soll. Die demontrierenden Chauffeure wollten den Wagen aufhalten, was nur durch rasches Eingreifen der Polizei verhindert worden sei.

Kabinetts Schleicher zurückgetreten

Reichskanzler von Schleicher hat heute mittag dem Reichspräsidenten die Gesamtdemission des Kabinetts angeboten, die vom Reichspräsidenten angenommen wurde. Der Reichspräsident hat in den Mittagsstunden den früheren Reichskanzler von Papen empfangen und ihn beauftragt, die politische Lage zu klären.

Reichstagsplenum am Dienstag

Berlin, 28. Januar.

Im Ministerrat des Reichstages wurde von keiner Seite eine weitere Hinausschiebung der nächsten Reichstagsitzung beantragt. Infolgedessen verschiebt sich auch der Vertreter der Reichsregierung, Staatssekretär Dr. Pland, auf die Abgabe einer Erklärung. Die nächste Sitzung des Reichstages wird daher, wie vorgehen, am Dienstag, den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr stattfinden. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Nachdem der Reichskanzler gesprochen haben wird, soll nach den Absichten des Reichstags die Dienstagssitzung vertagt werden. Am Mittwochnachmittag um 2 Uhr soll dann die große politische Debatte beginnen, für die eine Redezeit von drei Stunden für jede Fraktion vorgezogen ist. Alle in Frage kommenden politischen Anträge sollen in dieser Aussprache mit erledigt werden, insbesondere auch die sozialdemokratische Interpellation wegen des ostfälischen Konflikts. Ferner sollen die Angelegenheiten mitberaten werden, die vom Sozialpolitischen und Haushaltsausschuß schon erledigt sind, nämlich die Anträge über eine Wehrmacht und Winterbeihilfe, die Anträge über gärtnerische oder leitende Aufhebung der sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Notverordnung und die Anträge zur Exploitationskatastrophe im S. G. Farbenwerk Bremen. Vor der Regierungserklärung sollen am Dienstag ohne Aussprache die fünf Beschlüsse mit ausländischen Staaten über die Gegenseitigkeit in der Sozialversicherung vom Reichstage erledigt werden.

Mit dieser Entscheidung des Reichstags ist ein Teil der Kombinationen und Gerüchte erledigt, die vor allem in den letzten Tagen die politisch interessierten Kreise in Erregung und Händeln sich steigende Nervosität verleiht haben. Die vielfach erwartete Vertagung des Parlaments ist nicht eingetreten. Diese Lösung wird aber gar nicht mehr als so wichtig betrachtet. Mehr ins Gewicht fallen die Verhandlungen, die über den Versuch einer Neubildung der Regierung stattfinden, und die Besprechung, die der Reichskanzler heute mit dem Reichspräsidenten haben wird. Der Reichskanzler muß sich jetzt auf den Konflikt mit dem Reichstag rüsten und will dazu vom Reichspräsidenten bestimmte Vollmachten fordern.

Die Entscheidung über die innenpolitische Entwicklung ist präfixial an den Reichspräsidenten übergegangen.

Es steht schon heute fest, daß der Kanzler im Parlament sich günstigstenfalls auf die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei stützen kann. Das bedeutet aber lediglich eine kurze Tolerierung oder den Sturz der derzeitigen Reichsregierung.

Es kommt darauf an, ob Herr von Schleicher vom Reichspräsidenten die notwendigen Vollmachten zur Auflösung des Reichstags bzw. außerordentliche Nachvollkommenheiten zur Führung eines Präzidentalkabinetts erhält, oder ob es zur Neubildung eines grundlegend veränderten Kabinetts kommt.

Seitens der Parteien wird für den letzteren Fall fieberhaft gearbeitet. Die Deutschnationalen verhandeln mit der NSDAP, die Nationalsozialisten mit dem Zentrum, aber über ein Ergebnis verläutet nichts Positives, da alle Besprechungen vertraulich geführt werden.

Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, ist gestern von München kommend, in Berlin eingetroffen, um mit einer Reihe von politischen Persönlichkeiten Besprechungen abzuhalten.

Berlin, 28. Januar.

Nachdem der Reichskanzler die innenpolitische Situation zeitlich geklärt hat, erwartet man die politische Klärung von der Unterredung, die Reichskanzler von Schleicher am heutigen Sonnabend mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg haben wird. Diese Klärung ist um so dringlicher, als in den letzten Tagen immer wieder in Gerüchten von einer bevorstehenden Neubildung der Reichsregierung die Rede gewesen ist.

Die erste Voraussetzungen für die politische Klärung liegt in der Frage der Auflösungsvoollmacht. Daneben spielen noch zwei andere Fragen eine wichtige Rolle. Da ist einmal der Gedanke eines halbjährigen Bürgerlebens, zum anderen die Notverordnung zur Betriedung des öffentlichen Lebens.

Von der Antwort, die der Reichspräsident gibt, wird es abhängen, ob Reichskanzler von Schleicher aus der Situation Konsequenzen zieht. In ernsthaften politischen Kreisen rechnet man durchaus mit der Möglichkeit, daß es noch am heutigen Sonnabend zum Rücktritt des Reichskabinetts kommen kann.

Diese Gerüchte scheinen auch mit allen möglichen Verhandlungen und Besprechungen zusammenzuhängen, die in

den letzten Stunden stattgefunden haben und dem Ziel galten, aus dem Parlament oder der hargburgigen Front heraus eine andere Regierung auf die Beine zu stellen. Man spricht in diesem Zusammenhang abermals von Göring als Reichsinnenminister in Personalkonkurrenz mit dem preussischen Innenminister und von Hugenberg als Wirtschafts- und Ernährungsminister. Als Kanzler dieses neuen Kabinetts wird von Papen genannt.

Zu welcher Entscheidung sich der Reichspräsident entschließen wird, ist noch nicht bekannt. Es verläutet aber, daß Reichspräsident von Hindenburg dem Reichskanzler von Schleicher eine Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages im gegenwärtigen Augenblick nicht erteilen wolle, da er Wert darauf legt, sich über das Ergebnis der verschiedenen Parteibesprechungen zu unterrichten.

München, 28. Januar.

Die Reichspressestelle der NSDAP, veröffentlicht zu den Presseäußerungen über die gegenwärtige innenpolitische Lage eine Erklärung, in der es u. a. heißt, man wisse, daß das Kabinetts Schleicher volkspolitisch und parlamentarisch völlig isoliert sei; dazu hätte es nicht erst der Feststellung bedürft, daß die nationalsozialistische Reichstagsfraktion Herrn von Schleicher nach der Aussprache im Reichstag ihr Mißtrauen schwarz auf weiß bestätigen werde. Die Entscheidung darüber, was nach dem parlamentarischen Sturz des gegenwärtigen Kabinetts geschehe, liege heute weniger denn je in der Hand des Herrn von Schleicher.

Wie die NSDAP, so heißt es weiter, noch niemals ihre verantwortliche Mitarbeit verweigert habe, wenn ihr die Stellung eingeräumt werde, die ihrer Stärke und Bedeutung zutomme, so werde sie sich auch in Zukunft einer solchen Lösung nicht verweigern, wenn die Voraussetzungen dafür vorhanden seien. Die NSDAP, habe allen Anlaß, den kommenden Entscheidungen, ganz gleich wie sie auch fallen mögen, mit Ruhe und Zuversicht entgegenzusehen.

Arbeitsbeschaffung im Haushaltsausschuß

Preußen wünscht Arbeitsbeschäftigung.

Berlin, 28. Januar.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurden Arbeitsbeschaffungsfragen besprochen, die schon in der Vorwoche im Sozialpolitischen Ausschuß Gegenstand der Verhandlungen gewesen waren.

Herr Reinhardt (MDF) begründet nationalsozialistische Anträge, nach denen die Einführung der Steuerzuschüsse nicht im Wege der Anrechnung auf Steuerzahlung sondern in bar erfolgen soll. Ein Teil des Betrages, der durch die Notverordnung vom 4. September 1932 für die Steuerzuschüsse zur Verfügung gestellten Mittel soll zugunsten der Minderbemittelten abgezweigt werden durch die Ausgabe von Bekleidungsbezugsscheinen.

Ministerialdirektor Dr. Brecht

betonte namens der preussischen Regierung, das Arbeitslosenproblem könne nicht ohne eine andere Verteilung der vorhandenen Arbeit gelöst werden. Er bitte daher den Ausschuß, bei seinen Beratungen das Problem der Arbeitszeitverlängerung nicht zurücktreten zu lassen. Die preussische Regierung sei zwar mit einer großzügigen Arbeitsbeschaffung durchaus einverstanden, aber man müßte doch auf die Frage, ob es möglich sei, dadurch die ungeheuren Ausgaben für die Arbeitslosen zu ersparen, mit einem dreifachen Nein antworten. Die Gründe hierfür seien:

1. Die Arbeitsbeschaffung koste mehr als die Unterbringung, und schließlich müßten die jetzt ausgeschriebenen Milliardenwechsel eines Tages eingelöst werden.

2. „Zufällige“ Arbeit in so großem Umfange sei wirtschaftlich einfach unmöglich.

3. Wirtschaftliche Beihilfen seien ganz unvermeidlich.

Herr Dr. Herz (Soj.) wies darauf hin, daß die Sozialdemokratie die generelle Beseitigung der Steuerzuschüsse verlange, zum mindesten aber die Aufhebung der Einfuhrungsprämien.

Herr Schumann (Komm.) erklärte, es komme weniger auf die Arbeitsvermehrung an, da an Arbeitsprodukten kein Mangel bestehe, sondern darauf, wie man den breiten Massen die Mittel geben könne, um ihre Bedürfnisse zu erfüllen.

Herr Dr. Schreiber (Ztr.): Die notwendige Arbeitsbeschaffung müsse im Zusammenhang mit dem Etat und der Währung gesehen werden. Aber vor einer Überhöhung der öffentlichen Maßnahmen sei zu warnen. Die Regierung